

Inhalt

**Das „Superwahljahr 2009“ –
Erstaunen und Aufbruch** 1

Editorial 2

**Ökologisch – modern –
weltoffen:** 3
Neun GRÜNE Abgeordnete

Lebendiges 89 4

1989 erinnern – Heute leben

Erinnerungen (v)erklären?!

Nichts muss so bleiben, wie es ist

Parlamentarische Initiativen

Versammlungsgesetz: 6
Demo-Verbote helfen
nicht gegen Nazis

Abgeordnetengesetz: 6
CDU und FDP lassen sich
nicht auf Diät setzen

Studenten auf den Barrikaden 7

Klimaschutz bewegt 7

Termine 8

Grüne Spitzen

Fröscheversteher

Publikationen

Impressum

Das „Superwahljahr 2009“ – Erstaunen und Aufbruch

Antje Hermenau, im September erneut zur Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewählt, blickt auf ein ereignisreiches Wahlkampfjahr zurück und wagt einen Blick in die Zukunft. Was bedeutet der Sieg von Schwarz-Gelb in Bund und Land für die kommenden Jahre und wohin wollen die GRÜNEN?



Wahlkampf-Endspurt in Dresden im August 2009: Achim Wesjohann, Johannes Lichdi (MdL), Stephan Kühn (MdB), Antje Hermenau (MdL), Jürgen Trittin (MdB) und Karl-Heinz Gerstenberg (MdL)

Foto: Katrin Richter

Alle Wahlen in einem Jahr: Kommunen, Land, Bund und Europa. Wir Bündnisgrünen haben in allen vier Wahlen zugelegt – vielleicht nicht immer so viel, wie wir uns erträumt hatten, aber die Tendenz ist klar und eindeutig: Wir werden kontinuierlich stärker, sogar ohne realistische Machtoption. Trotzdem wurden sowohl in Dresden als auch in Berlin Konstellationen gewählt, die wahrscheinlich am weitesten von grüner Programmatik entfernt sind. Es dürften – hoffentlich – die letzten Koalitionen in Deutschland sein, die sich einen derart ignoranten Umgang mit der ökologischen Frage erlauben können.

Offensichtlich haben die gesellschaftlichen und ökologischen Erfordernisse des 21. Jahrhunderts vor allem erst einmal Rot-Rot ausgebremst. Vor 20 Jahren wurde die sozialistische Idee als konkrete Staatsform von den Bürgern abgewählt, in diesem Jahr

wurde die soziale Idee nachdrücklich von den Bürgern ermahnt, zukunftstauglich zu werden.

Die Bremsspur von Schwarz-Gelb scheint da länger, ihnen trauen die Bürger eher zu, in der Krise Wohlstand und Sicherheit zu sichern. Doch was bekommen sie? Mit völlig untauglichen Mitteln aus der wachstums-euphorischen Mottenkiste sollen Steuerer-schenke und Gesundheitsreform auf Pump finanziert werden. Und die ganze Republik von links bis rechts steht Kopf ob dieser blanken Ratlosigkeit der neuen Regierung. Schwarz-Gelb wird genauso ideologischen Schiffbruch erleiden wie Rot-Rot. Aber bis dahin wird dieses „Lager“ erst einmal die politische Deutungshoheit haben und be-stimmen, wohin die Reise geht. Dabei kann es zu Fehlentscheidungen bei Investitionen kommen, die auf Jahrzehnte schlecht zu heilen sein werden: Wird die Kohleverstromung



Foto: Simanowski

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist gewachsen. Statt bisher sechs Abgeordneten engagieren sich nun neun GRÜNE im Landtag. Zwar haben sich damit nicht alle Ziele der Fraktion erfüllt, doch die Richtung stimmt. „GRÜN wächst“ und stellt nicht mehr die kleinste Fraktion.

Mit neun Abgeordneten können die GRÜNEN endlich bürgernäher arbeiten. 2010 werden wir nicht nur in den größeren Städten, sondern in allen Landkreisen mit Regionalbüros vertreten sein.

Auch in dieser Zeitung wird sich einiges ändern. Sie soll journalistischer werden. Wir hoffen so, Themen ausführlicher und aus verschiedenen Blickwinkeln darstellen zu können. Künftig haben auch wir eine Panoramaseite. Dort gibt es die Rubriken „Fröscheversther“ und „Grüne Spitzen“.

Selbstverständlich berichten wir weiterhin von der parlamentarischen Arbeit der Fraktion. Die Darstellung der Landtags-sitzungen wird jedoch stärker auf unsere elektronischen Angebote „newsletter“ und

„Landtagsdepesche“ konzentriert, die wir aktueller anbieten können.

Natürlich arbeitet die neue GRÜNE-Fraktion schon lange. Neben der kritischen Auseinandersetzung mit dem weitgehend inhaltsleeren Koalitionsvertrag von CDU und FDP und der verantwortungslosen Verschuldungspolitik im Bund gehören dazu viele eigene Initiativen.

Im Dezember beging die Fraktion sowohl Tradition als auch Aufbruch: Zum 3. Sächsischen Klimakongress „Klimaschutz bewegt“ kamen erneut über 200 Gäste. Zum Jahresabschluss traf sich die Fraktion mit den neuen GRÜNEN-Fraktionen aus Thüringen und Brandenburg.

Genug der Vorrede. Viel Spaß beim Lesen, ein frohes Weihnachtsfest und einen guten Start ins Neue Jahr wünscht

Andreas Jahnel

Pressesprecher

andreas.jahnel@slt.sachsen.de

Das „Superwahljahr 2009“ – Erstaunen und Aufbruch (Fortsetzung)

beibehalten, wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien gebremst. Wird öffentliches und privates Geld in die „falsche“ Kraftwerksstruktur gesteckt, bleibt Kohle unsere schwarze Zukunft. Da hilft es dann auch nicht, Elektromobile zu fördern.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass es eben nichts bringt, ein paar Öko-Parolen in ein ökologisch nicht ernst gemeintes Programm zu schreiben, dann belegte das Ministerpräsident Stanislaw Tillich in seiner Regierungserklärung, in der er samt seiner Koalition zwischen Schmal-spurbahnen, braunkohlestrombetankten Elektroautos und der verbalen Neuschöpfung „Klimawechsel“ herumirrte.

Die Welt ist komplexer geworden als der im letzten Jahrhundert einstudierte zweidimensionale Klassenkampf. Doch die „lagerübergreifende Kooperation“ in der Großen Koalition war offenbar nicht ermutigend für die Bevölkerung. Neue Ideen wurden von ihr mit Samthandschuhen angefasst. Dabei hätte es mit der komfortablen Mehrheit von CDU und SPD durchaus die Möglichkeit gegeben, schwierige Projekte in Angriff zu nehmen.

Die Bankenkrise hat die Karten jetzt noch einmal neu gemischt: Es gibt eine Renaissance des Staates als Schiedsrichter in der Demokratie und der Marktwirtschaft – wenn die Politiker die Kraft dafür aufbringen, den Staat neu aufzubauen. Werden wir uns in Zukunft mehr an den skandinavischen Staaten orientieren? Werden die Kommunen gestärkt, um die Daseinsvorsorge stabil und erschwinglich zu halten? Wird der angemessene Zugang zu individueller Bildung festes Bürgerrecht? Wird Arbeit neu beschrieben? Oder wird etwa eine neue Spekulationsblase angeheizt: die der zu hohen Staatsverschuldung? Und wer wird dann einen „Rettungsschirm“ spannen können? Mit diesen Fragen wird sich Schwarz-Gelb herumschlagen müssen, obwohl diese Koalition eigentlich ganz andere Vorstellungen hat.

Doch uns allen bleibt nichts anderes übrig, als das Schiff im Sturm neu aufzutakeln. Eine gesunde Wachstumskritik, ein einfacher und stabiler Sozialstaat, Mitsprache- und Bürgerrechte kommen zu neuem Ansehen in der Gesellschaft. Wir brauchen Vorrang für Erneuerbare Energien, ohne den

Umweltschutz zu vergessen. Damit geht auch eine Neuausrichtung der Verkehrs-, und, nicht zu vergessen, der Wirtschafts- und Landwirtschaftspolitik einher. Es liegt auf der Hand, dass wir eine Gesamtstrategie brauchen, in der die unterschiedlichen und zum Teil auch divergierenden Herausforderungen und Ziele, vor denen der Freistaat steht, zu neuen Lösungen zusammengeführt werden.

Die Politik könnte sich rehabilitieren – hat sie doch bei vielen Bürgern an Vertrauen verloren – wenn sie sich entschlossen solchen Aufgaben stellte. Jetzt kommt es auf eine sortierte und zielgenaue Opposition an: Die besseren konkreten Vorschläge zu machen, die Regierung hart in der Sache, aber fair anzugreifen und damit einer neuen politischen Kultur den Weg zu ebnen, wird dabei unsere Aufgabe sein. Wir haben bürgerliche und linke Wurzeln, wir haben einen Plan, wie wir Zukunft neu bauen können. Wir brauchen jetzt eine Politik der konkreten Projekte, die uns schrittweise weit reichenden Zielen näher bringt. Diese Anstrengung haben unsere Kinder und Enkel mehr als verdient.

Ökologisch – modern – weltoffen:

Unter diesem Leitmotiv engagieren sich die neun Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag für eine nachhaltige, sozial gerechte und zukunftsfähige Politik.



Antje Hermenau

Fraktionsvorsitzende, Haushaltspolitik, Mitglied im Haushaltsausschuss
E-Mail: antje.hermenau@slt.sachsen.de
www.antje-hermenau.de
Telefon: 0351 / 493 48 50

„Der Haushalt ist die in Zahlen gegossene, jenseits aller Absichtserklärungen wirklich stattfindende Politik. Sie meinen, das wäre langweilig? Falsch, das ist spannend und – was wichtiger ist – entscheidend! In der gegenwärtigen Wirtschafts- und Klimakrise brauchen wir Mut zur Veränderung, auch und gerade bei der Förderung.“

Michael J. Weichert

stellv. Fraktionsvorsitzender, Wirtschafts-, Agrar- und Verbraucherpolitik, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit & Verkehr
E-Mail: michael.weichert@slt.sachsen.de
www.michael-weichert.de
Telefon: 0351 / 493 48 30



„Ob in der Wirtschaft oder beim Landbau – Nachhaltigkeit ist oberstes Ziel! Nachhaltige Politik stärkt Sachsens Mittelstand, das Herz der sächsischen Wirtschaft. Nachhaltige Politik ist auch der Ausbau ökologischer Landwirtschaft. Biolandbau schafft neue Arbeitsplätze, schützt Boden und Klima.“

Dr. Karl-Heinz Gerstenberg

stellv. Fraktionsvorsitzender, Parlamentarischer Geschäftsführer, Hochschul-, Medien- und Kulturpolitik, Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft & Hochschule, Kultur & Medien
E-Mail: karl-heinz.gerstenberg@slt.sachsen.de
www.karl-heinz-gerstenberg.de
Telefon: 0351 / 493 48 10



„In den Mittelpunkt der Politik gehört, was Sachsen und seine Menschen stark macht: Qualität und Vielfalt von Bildung und Kultur. Bildung ist der Schlüssel zur Zukunft, Kultur ist unser Lebenselixier.“

Elke Herrmann

Sozial- und Migrationspolitik sowie Strafvollzug und Tierschutz, Mitglied im Ausschuss für Soziales und Verbraucherschutz
E-Mail: elke.herrmann@slt.sachsen.de
www.buergerbuero-elke-herrmann.de
Telefon: 0351 / 493 48 48



„Unmöglichkeiten sind Ausflüchte. Schaffe Möglichkeiten! Mein Einsatz für Chancengleichheit, bürgerschaftliches Engagement und Minderheiten folgt diesem Motto.“

Johannes Lichdi

Rechtspolitik sowie Klima-, Energie-, Naturschutzpolitik, Mitglied im Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss
E-Mail: johannes.lichdi@slt.sachsen.de
www.johannes-lichdi.de
Telefon: 0351 / 493 48 40



„Angesichts des Klimawandels ist eine ökologisch und sozial erfolgreiche Entwicklung nur durch ein Umsteuern in der Wirtschafts- und Lebensweise möglich. Diese Erkenntnis will ich in konkrete Politik umsetzen.“



Annekathrin Giegengack

Bildungs- und Gesundheitspolitik, Mitglied im Ausschuss für Schule und Sport
E-Mail: annekathrin.giegengack@slt.sachsen.de
www.giegengack.de
Telefon: 0351 / 493 48 49

„Soziale Gerechtigkeit ist mehr als die gerechte Verteilung materieller Güter. Sie umfasst auch gleiche Chancen auf Bildung, Mitbestimmung und Teilhabe.“

Eva Jähnigen

Innen- und Kommunalpolitik sowie Verkehrspolitik, Mitglied im Innenausschuss
E-Mail: eva.jaehnigen@slt.sachsen.de
www.eva-jaehnigen.de
Telefon: 0351 / 493 48 06



„Ich will Demokratie und Zivilgesellschaft in Sachsen stärken und trete deshalb für mehr Bürgerbeteiligung ein. Wir brauchen einen Staat, der selbst gläsern ist – aber keine gläsernen Bürgerinnen und Bürger.“

Gisela Kallenbach

Umwelt- und Europapolitik, Mitglied im Unterausschuss
E-Mail: gisela.kallenbach@slt.sachsen.de
www.gisela-kallenbach.de
Telefon: 0351 / 493 48 49



„Stadtwerke, Wasserwerke, Wohnungsbaugesellschaften und Krankenhäuser müssen in öffentlicher Hand bleiben, damit die Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger gesichert ist.“

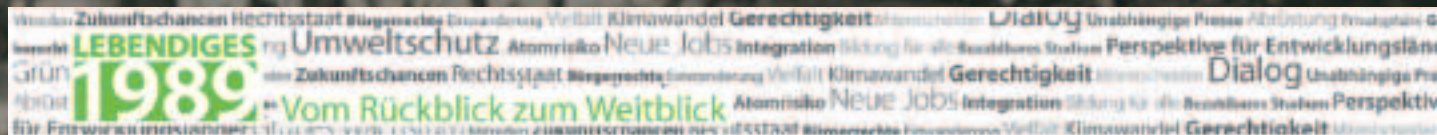
Miro Jennerjahn

Experte für Rechtsextremismus, Arbeitsmarktpolitik, Mitglied im Petitionsausschuss
E-Mail: miro.jennerjahn@slt.sachsen.de
www.miro-jennerjahn.eu
Telefon: 0351 / 493 48 22



„Mein Ziel ist eine lebendige Demokratie, die für die Bürgerinnen und Bürger nicht nur aus dem Wahlakt besteht, sondern zum Mitmachen einlädt und in der jeder Mensch auf Augenhöhe behandelt wird.“

So viel erinnert haben wir uns schon lange nicht mehr. Neben sehr vielen erwartbaren Reden, Fernsehungen, Theaterstücken, Sondersendungen aber fehlte und fehlt uns etwas. Es ist das Lebendige, die Diskussionskultur. „Lebendiges 89“ haben die GRÜNEN deshalb ihr Projekt genannt, das genau an dieses Erbe gemacht – Zeitzeugen wie die Leipziger Landtagsabgeordnete Gisela Kallenbach haben ihre Wünsche für ein



1989 erinnern – Heute leben

Mit der Homepage „Lebendiges 89“ wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die Diskussionsstränge der Friedlichen Revolution von 1989 anknüpfen.

Die politischen Ziele der Bürgerrechtler, deren Weiterentwicklung zu einem politischen Programm und der friedliche Charakter der Revolution sind damals nicht vom Himmel gefallen. Sie waren das Ergebnis von Debatten und der Suche nach Veränderungsmöglichkeiten vieler Menschen bereits lange vor 1989. Genau diese Erfahrungen, dieses Erbe wird heute gebraucht, um wieder gesellschaftliche Veränderungen anstoßen zu können.

Die Internetplattform lebendiges89.de lässt zum Einen damals Aktive darüber erzählen, wie sie das vor 20 Jahren Erlebte heute reflektieren. Vor allem aber soll sie Anstoß

zum Meinungsaustausch geben. Wir wollen die immer wieder oder immer noch aktuellen Bezüge zu den Werten und Ideen von 1989 herstellen. Stichworte, die damals relevant waren, sind es heute wieder. Um Umweltzerstörung ging es damals, um Umweltzerstörung geht es immer noch. Oder Stichwort Zivilcourage – hat sich die Gesellschaft den Mut der Demonstranten in Plauen, Leipzig, Dresden und andernorts bewahrt? Was bedeutet Zivilcourage heute? Wir wollen dabei nicht belehrend sein, sondern sind begierig darauf, weiter zu lernen. Wie wichtig ist Gerechtigkeit, wie wichtig ist Freiheit, wie soll man umgehen mit denen, die damals

nicht nur angepasst, sondern Stützen der sozialistischen Gesellschaft waren? Was haben diejenigen dazu zu sagen, die vor 20 Jahren dabei waren – was denken die Leute, die damals schlicht und einfach zu jung oder noch gar nicht geboren waren, um aktiv dabei zu sein? Und wie erleben eigentlich diejenigen, die die friedliche Revolution an den Bildschirmen im Westen Deutschlands verfolgt haben, die Verknüpfung von Erinnerung und Gegenwart? Zu diesen und vielen weiteren Themen gibt es erste Denkanstöße auf der Homepage, weitere Beiträge sind unbedingt gewollt.

Diskutieren Sie mit, mischen Sie sich ein, nutzen Sie die Kommentarfunktion! Wir freuen uns auf ein wirklich „Lebendiges 89“.

Erinnerungen (v)erklären?!

Der Internetplattform „Lebendiges 89“ gingen im Sommer dieses Jahres einige Veranstaltungen voraus. Hier probierten wir sozusagen offline, was wir nun online fortsetzen wollen.

Schon die Auftaktveranstaltung am 20. Juni „1989 – verklärte Erinnerung oder modernes Erbe?“ umging rückwärts gewandte Erinnerungsdebatten: Michael Beleites, Landesbeauftragter für Stasiunterlagen, die Historikerin Annette Leo und Michael Weichert, Mitbegründer des Leipziger Neuen Forums und bündnisgrüner Landtagsabgeordneter, diskutierten die Motive der Revolution und die Ursachen für das schnell abnehmende politische Engagement nach 1989. In der vor allem von materiellen Motiven geleiteten Masse der Demonstrierenden seien die politischen Gruppierungen schnell eine Minderheit gewesen, so die These.

Natürlich gab es Bezüge zu aktuellen erinnerungspolitischen Diskussionen. Weder die Rolle weiterhin in führenden Funktionen tätiger DDR-Funktionäre, insbesondere der Blockparteien, noch die Tendenz zur Vermarktung der 1989-er Ereignisse in Leipzig wurden ausgespart.

Unter dem provokanten Titel „Stasi 2.0 – Sicherheitspolitik als Herausforderung für Demokratie und Rechtsstaat“ diskutierten der Bürgerrechtler und GRÜNE Martin Böttger, der Strafrechtler Prof. Diethelm Kleszczewski und der Terrorismusforscher Torsten Preuß am 17. September in Leipzig. Schon seit geraumer Zeit macht unter Datenschützern und Überwachungsgegnern das böse Wort „Stasi

2.0“ die Runde. Eine ernsthafte Auseinandersetzung um Unterschiede und Parallelen zum Überwachungssystem der DDR fand und findet hingegen leider kaum statt.

Die Diskussion „Alles auf Krise, alles wie gehabt?“ am 18. September in Dresden beleuchtete den Erfahrungswert von Krisen: 1989 brach mit dem politischen System auch ein wirtschaftliches System zusammen. Ist dieser Zusammenbruch vergleichbar mit der Wirtschafts- und Finanzkrise von heute? Darüber waren sich die Teilnehmer der spannenden Diskussion – Antje Hermenau, Fraktionschefin der GRÜNEN im Sächsischen Landtag, Rainer Falk, Wirtschaftspublizist, Matthias Schäfer von der Konrad-Adenauer-Stiftung und Dr. Helge-Heinz Heinker, Wirtschaftsjournalist – bis zum Schluss nicht ganz einig. Ebenso wenig kamen sie überein, ob nun eine Krise des Staates, oder – im Gegenteil – ein Wiedererstarken des Staates zu erwarten sei.

schmonzetten, guten wie schlechten Diskussionsbeiträgen und einer schier unendlichen Flut an Ausstellergie der damaligen Ereignisse, die Fortführung der vor 20 Jahren für die in der DDR Geborenen neuen anknüpfen soll – sowohl als Veranstaltungsreihe als auch als Internetplattform. Der Anfang wurde bereits Fortleben der 89-er Werte notiert.

Nichts muss so bleiben, wie es ist

Die Jubiläumsfeierlichkeiten sind vorbei. Das ist gut so, weil die Anzahl der Podien und Diskussionen auch beschwerlich sein kann. Andererseits gab es auch für mich, die ich meine, „dabei gewesen“ zu sein, immer noch neue Aspekte und Perspektiven.



Eines haben mich die Begegnungen in den letzten Wochen definitiv gelehrt: Es ist dringend nötig, auch 20 Jahre „danach“ über die Ursachen und Folgen des „heißen Herbstes 1989“ zu reden. Und das nicht nur, wenn mal wieder ein Jubiläum ansteht, sondern in einem permanenten gesellschaftlichen Prozess. Es ist schon erschreckend, welche Unkenntnis bei jungen Menschen über das reale Leben in der DDR besteht, welche Legenden um so manche „Revolutionshelden“ gebildet wurden, welche Verdrängung sich bei Älteren breit macht und wie viele sich die Mauer zurück wünschen, als wäre es ein „Kuschelleben“ gewesen – damals, vor 1989.

Was sind die Ursachen dafür? Ist es die Täuschung, der so manche ehemalige Ostdeutsche erlegen waren und die sich nun in Enttäuschung äußert? Waren die Tausende, die im Herbst 1989 auf der Straße ein ganzes Gesellschaftssystem zum Einsturz brachten, in Wirklichkeit nur eine Minderheit? Ich will das nicht glauben.

Natürlich hatte auch das Leben in der DDR einen Wert an sich; wir sind nicht in Sack und Asche herumgelaufen, haben gelebt, geliebt, gelacht. Aber immer mehr Menschen hatten es einfach satt, die Unwahrhaftigkeit zu akzeptieren, das doppelzüngige Reden daheim, im Betrieb und in der Öffentlichkeit, den Kampf

um die „Dinge des täglichen Bedarfes“ und gleichzeitig das Lesen der grandiosen wirtschaftlichen Erfolge in den Zeitungen. Daran haben sie gelitten, so wie ich, als ich 1981 im Urlaub im Iser- und Erzgebirge erstmals total abgestorbene Wälder sah; wie mir auch die Nutzung unserer Flüsse als Abwasserkanäle – stinkend, schwarz und mit Schaumkronen versehen – als schändlich erschien; wie mir Smog, Staub, Asche und Schwefeldioxid in der Luft das Atmen erschwerten. Vor allem aber haben sie wohl daran gelitten, dass sie nicht frei reisen konnten und auf die knallbunten Produkte, die die Werbung bei der allabendlichen Migration ins West-Fernsehen präsentierte, verzichten mussten.

Die Wochenzeitung DIE ZEIT schrieb treffend: „Wie unfrei ein Volk ist, erkennt man daran, wie es über die Freiheit redet“. Wir müssen darüber reden, ob die Menschen in der DDR an der Unfreiheit wirklich gelitten haben. War für sie Freiheit essentiell oder – nach Friedrich Engels – „Einsicht in die Notwendigkeit“? Gilt das für sie auch heute? Nehmen wir die Freiheit, heute alles frei äußern zu können, ohne Beobachtung und Verfolgung zu riskieren – auch wenn diese Meinung von der angeblichen Mehrheit abweicht – nehmen wir das wirklich als Wert wahr?

Wie empfinden es die heutigen Demonstranten, die Atomkraftgegner, die Bauern, die Studierenden? Ist es der Hochmut der Verteidiger des Status quo, die sich als Sachverwalter der Revolution aufspielen, der misstrauisch macht?

Nichts muss so bleiben, wie es ist – das ist die größte und schönste Schlussfolgerung aus dem Herbst 1989! Bewahren wir uns diesen positiven Geist.

Gisela Kallenbach

Europapolitische und Umweltpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Jens Hommel

hat für uns die Veranstaltungsreihe „Lebendiges 89“ organisiert und moderiert, er ist auch der Moderator des Internetportals. Hommel baute in Sachsen die Heinrich-Böll-Stiftung auf und leitete diese 15 Jahre. Erfahrungen im Streit um Zeitgeschichte sammelte er unter anderem als Geschäftsführer des Trägervereines der Wehrmachtausstellung. Zuletzt führte er die Geschäfte am Theaterhaus in Jena. Mit „kolka. agentur“ und „exhibit ausstellungsprojekt europäische identität“ initiiert und realisiert er Kulturprojekte und Projekte der politischen Bildung. Jens Hommel lebt in Leipzig.



Demo-Verbote helfen nicht gegen Nazis

Die von CDU und FDP geplante Einschränkung der Versammlungsfreiheit trifft uns alle

20 Jahre nach der Wende startet die neue Koalition ausgerechnet mit einer Gesetzesinitiative zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit in ihre Regierungszeit. Zum Anlass wird der alljährliche Missbrauch der Dresdner Opfer des alliierten Luftangriffs auf Dresden am 13. Februar 1945 durch die Nazis genommen – inzwischen der größte Nazitreff Europas.

Zum Schutz der Menschenwürde der Opfer der Naziherrschaft wollen CDU und FDP Versammlungen einschränken oder verbieten können. Dies soll insbesondere am 13. und 14. Februar um die Dresdner Frauenkirche gelten. Wir haben zwar keine Einwände, die Frauenkirche als Ort der Versöhnung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern zu deuten. Aber ein freiheitlicher Staat darf symbolische Deutungen nicht mit Hilfe repressiver polizeilicher Mittel durchsetzen. Was als Entschlossenheit, die Menschenwürde zu schützen und als Schrankensetzung für Nazis daherkommt, ist verfassungswidrig, erinnerungspolitisch bedenklich und polizeitaktisch nutzlos.

Das Gesetz greift in das Grundrecht auf freie Wahl des Ortes, des Zeitpunkts und der Themen einer Demonstration ein. So sollen auch Demos am Leipziger Völkerschlachtdenkmal oder für die „kommunistische Gewaltherrschaft“, die „Verharmlosung“ der „Folgen eines Krieges“ oder speziell der



Foto: Montage/Frauenkirche

Folgen des 2. Weltkriegs verboten werden können. Haben wir in Sachsen wirklich ein Problem mit Altstalinisten, die vor Stasi-Knästen das DDR-Regime hochleben lassen? CDU und FDP wollen Meinungskundgaben verbieten, die strafrechtlich nicht verboten sind – ein klarer Verstoß gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts.

Die Gerichte haben die von der Stadt Dresden per Allgemeinverfügung verhängten Demoverbote um die Frauenkirche bisher für rechtmäßig gehalten. Am 13. Februar 2010 wird sich mit dem neuen Gesetz also nichts ändern. Ein Verbot der Nazidemo außerhalb der Verbotszone kann leicht umgangen werden, da die Voraussetzungen dafür viel zu schwammig sind.

CDU und FDP lenken ab. Waren es nicht gerade diese Parteien, die die „Geh-Denken“-Demo 2009 in ein linksextremistisches Licht rückten? Waren es nicht Landespolizei und Stadtverwaltung, die diese Demo massiv behinderten? Wir brauchen kein Verbotsgesetz, sondern eine breite Mobilisierung der Bevölkerung wie in Leipzig, Jena, Wunsiedel oder Halbe.

Ein Versammlungsverbot am 13. und 14. Februar ist allenfalls eine Verlegenheitslösung. Es befreit die Dresdnerinnen und Dresdner nicht von der Pflicht, eine Gedenk- und Erinnerungskultur zu entwickeln, die revanchistisches Gedankengut ganz klar ausschließt. Denn was tun sie, wenn die Nazis am 16. oder 11. Februar aufmarschieren? Dazu sagt dieses Gesetz nichts.

CDU und FDP lassen sich nicht auf Diät setzen

GRÜNE, LINKE und SPD scheitern mit ihrer Initiative zur Begrenzung der Abgeordnetengehälter

Zu Beginn der Legislatur haben die Fraktionen von LINKEN, SPD und GRÜNEN ein Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes eingebracht mit dem Ziel, die bevorstehende Erhöhung der Grundentschädigung auszusetzen. Debatten über Abgeordnetendiäten sind immer ein höchst sensibles Thema, da die Abgeordneten in eigener Sache zu entscheiden haben. Das entbindet sie jedoch nicht von der Pflicht, sich ernsthaft damit auseinanderzusetzen. In der vergangenen Legislaturperiode hatte der Sächsische Landtag eine Expertenkommission eingesetzt und daraufhin eine Erhöhung der Grundentschädigung zum 1. Januar 2010 beschlossen.

Damals war allerdings nicht vorauszusehen, welche wirtschaftliche und finanzielle Situation wir zum Ende des Jahres 2009 erleben würden. Die schwerste Krise seit Jahrzehnten fordert auch von den Mitglie-

dern des Landtages, ein Zeichen zu setzen und die Erhöhung der Diäten wenigstens zu verschieben. Eigentlich eine klare Sache, sollte man meinen, zumindest für den kleinen Koalitionspartner FDP, der bis vor kurzem immer lautstark und undifferenziert Diätenerhöhungen kritisiert hatte. Doch die FDP hat auch in diesem Punkt in ihrer kurzen Regierungszeit schon vergessen, Wort zu halten. Stattdessen stellt sie sich eine Stiftung vor, in der sie die Diätenerhöhungen anlegen und nach ihrem Gusto verschenken will. Das ist jedoch in höchstem Maße undemokratisch. Im sächsischen Haushalt wäre das Geld besser aufgehoben.

In seiner Novembersitzung hat der Innenausschuss die Gesetzesinitiative der demokratischen Oppositionsfraktionen mit seiner Koalitionsmehrheit abgelehnt, im Dezember folgten die zweite und dritte Lesung im Plenum.



Foto: Plenarsaal Sächsischer Landtag

Links zum Thema

Der Gesetzentwurf:

➔ <http://bit.ly/8TP1qA>

Das Eckpunktepapier:

➔ <http://bit.ly/6CN9EC>



Foto: Valer/Flickr.com

Studenten auf den Barrikaden

GRÜNE-Fraktion solidarisiert sich mit Hochschulprotesten

Was im Oktober mit der Besetzung der Wiener Universität begann, entzündete im November einen Flächenbrand an deutschen Hochschulen. Auch in Dresden und Chemnitz besetzten aufgebrachte Studenten die Hörsäle und in Leipzig das Rektorat. Mit ihrem Protest wollen sie auf zahlreiche Probleme aufmerksam machen: Studiengebühren, Zulassungsbeschränkungen, eine überbordende Stoff- und Prüfungslast samt miserabler Betreuungsverhältnisse.

Grund ist die misslungene Bologna-Reform. Hauptanliegen dieser vor zehn Jahren gestarteten Umstrukturierung der Universitäten war die Vereinheitlichung europäischer Hochschulabschlüsse. Das Ergebnis ist jedoch katastrophal, denn schon vor der Reform herrschende strukturelle Defizite haben sich aufgrund der Ignoranz der Verantwortlichen potenziert.

Alle, die meinten, dass der Bildungsstreik des vergangenen Sommersemesters eine Eintagsfliege war, wurden eines Besseren belehrt, zeigen sich die GRÜNEN von der Heftigkeit der jetzigen Proteste wenig überrascht. Der GRÜNE Abgeordnete Karl-Heinz Gerstenberg traf sich mit Vertretern der Konferenz Sächsischer Studierendenschaften zum Gespräch, besuchte die Protestierenden im Dresdner Hörsaal POT81 und sprach zu den Studierenden bei der Demonstration anlässlich der Hochschulrektorenkonferenz in Leipzig.

Eines ist für die GRÜNE-Fraktion nach den letzten Wochen klar: Die Studierenden dürfen nicht weiter mit dem gegenwärtig stattfindenden Schwarzer-Peter-Spiel verschaukelt werden, in dem sich Wissenschaftsminister und Hochschulleitungen gegenseitig die Schuld zuweisen. Es waren Hochschulen wie Politik, die die brennenden Probleme geschaffen haben. Jetzt müssen beide ihren Teil zur Lösung beitragen. Die Staatsregierung kann im Hochschulgesetz bessere Rahmenregelungen für das Studium festlegen und mit der anstehenden Hochschulvereinbarung für ausreichend Personal sorgen. In beiden Punkten werden die GRÜNEN mit eigenen Initiativen Druck im Landtag machen.

Bei einem Thema gab es dank eines Antrags der GRÜNEN im Sächsischen Landtag schon Anfang November Klarheit: In Sachsen wird es künftig keine allgemeinen Studiengebühren geben, auch nicht durch die Hintertür. Für diese Klarstellung des Koalitionsvertrags hat sich die neue Wissenschaftsministerin Sabine von Schorlemer vor den Abgeordneten verbürgt. Aber es sind in völliger Verkennung der Lebenssituation der Studenten Langzeitstudiengebühren geplant. Doch auch hier können sich Studierende und Hochschulen auf den Widerstand der GRÜNEN im Parlament verlassen. Wir werden im Landtag gegen diese Strafgebühren auf die Barrikaden gehen!

Klimaschutz bewegt

Mit ihrem mittlerweile 3. Klimakongress hat die GRÜNE-Fraktion für mehr Bewegung beim Klimaschutz in Sachsen gesorgt. Darin wurde sie von Dietrich Bauer, Oberlandeskirchenrat der evangelischen Landeskirche Sachsens, mit einem Gastbeitrag unterstützt. Sven Giegold, GRÜNER Europaabgeordneter, stellte die Chancen eines „Green New Deal“ dar. Ziel war es, deutlich zu machen, wie Sachsen die derzeit nicht absehbaren ökologischen Risiken des Klimawandels und die drohende massive Vernichtung wirtschaftlicher Werte meistern kann.

Stichwort Ökologie als Initialzündung für wirtschaftlichen Erfolg: Wie das in der Praxis aussehen kann, beleuchteten die Foren zu Repowering von Windkraftanlagen und energieeffizienten Produktionsverfahren ebenso wie diejenigen zu Chancen für Handwerk und Mittelstand durch energetische Gebäudesanierung und regionale Wertschöpfung im Energiesektor.



Foto: Montager/stockphoto

Dass die sächsische Landwirtschaft durch Auswirkungen des Klimawandels sehr verwundbar ist, haben die Dürren der letzten Jahre gezeigt. Andererseits ist die Landwirtschaft für rund ein Viertel aller Treibhausgase weltweit verantwortlich. Davon gehen fast 80 Prozent zurück auf die Tierhaltung – von Bodenverunreinigung und Luftverschmutzung ganz zu schweigen. Wie sich Landwirte und Verbraucher anpassen müssen, um aktiv zum Klimaschutz beitragen zu können, klärten zwei weitere Foren des Kongresses.

Das Motto „Klimaschutz bewegt“ durfte beim Verkehrsforum wörtlich genommen werden. Vorgestellt wurde, wie es Kopenhagen gelingt, 37 Prozent aller Berufspendler aufs Rad zu bekommen und warum auf einer Bundesstraße in der kleinen Stadt Bohmte gern Fußgänger unterwegs sind.

Termine

Ausstellung „Der Himmel ist blau“

Künstlergruppe doppel de präsentiert sich in den Räumen der GRÜNEN-Fraktion

Noch bis zum 29. Januar sind die Arbeiten der elf Künstler im Packhof-flügel des Sächsischen Landtages zu sehen.

Montag bis Freitag 10 bis 18 Uhr
Personaldokument nicht vergessen.

Diskussion

Neues Versammlungsgesetz – verfassungswidrig und unnütz

Prof. Dr. Clemens Arzt

Verfassungsrechtler, Berlin

Hildegard Stellmacher

Gesellschaft für Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit Dresden

Johannes Lichdi, MdL, GRÜNE

Freitag, 15. Januar, 18 Uhr,
Sächsischer Landtag, Raum A 600
Anmeldung unter:
kerstin.harzendorf@slt.sachsen.de
Bitte Personaldokument mitbringen.

Antje Hermenau zur Regierungserklärung
des Ministerpräsidenten: „**Ein afrikanisches
Sprichwort sagt: Einen, der sich schlafend
stellt, kann man nicht wecken. Sie, Herr
Ministerpräsident, sind ganz offensichtlich
so jemand.**“

Karl-Heinz Gerstenberg zur Debatte über die
Geschäftsordnung des Landtags: „**Es ist eine
alte Weisheit, wer im Besitz der Mehrheit
ist, ist noch lange nicht im Besitz der
Wahrheit.**“

Johannes Lichdi zur Änderung des Versamm-
lungsrechts: „**Dieses Gesetz ist ein Zeugnis
dafür, dass diese Koalition abweichende
Meinungen nicht ertragen möchte, son-
dern lieber kriminalisiert.**“

Annekathrin Giegengack zur Debatte über
die Impfung gegen Schweinegrippe: „**Sie
erklären immer: ‚Sie müssen das mit
Ihrem Hausarzt besprechen‘. Das würden
einige sicher gerne tun. Leider haben wir
in einigen Regionen unseres Landes einen
Hausarztmangel zu verzeichnen.**“

Michael Weichert zum Streit ums Schulobst-
programm: „**Das Lernportal des Kultus-
ministeriums, wo sich Pädagogen über
Genussfragen informieren können, ist so
sinnvoll für die gesunde Ernährung der
Kinder, als wenn man sich mit knurrendem
Magen eine Kochsendung ansieht.**“

Publikationen



Bestellen

Das Faltblatt „NEUN STARKE GRÜNE“
sowie weitere Materialien können per
E-Mail bestellt werden über:
publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/4934800
Telefax: 0351/4934809
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion:
Andreas Jähnel (V.i.S.d.P.), Anne Vetter

FRÖSCHEVERSTEHER – UMWELTSÜNDE DES MONATS

Schluss mit der Schweinerei!

Bedrückende Bilder des Vereins „die tier-
freunde e.V.“ aus fünf beliebig ausgewählten
Schweinefabriken in Sachsen zeigen: Indus-
trieschweine in sächsischen Mastbetrieben
haben keine Chance auf ein artgerechtes
Leben.

Im Dämmerlicht zusammengepfercht,
vegetieren sie in kahlen Buchten mit
Spaltenboden und ohne Einstreu. Tag und
Nacht müssen sie in ihren Exkrementen
hausen. Jedem Schwein stehen nur 0,7 m²
zur Verfügung. Enge und Langeweile führen
zu Verhaltensstörungen und Aggressionen;
häufig bis hin zum Kannibalismus. Schmerz-
hafte Gelenkschäden, Entzündungen und
andere Verletzungen sind die Folgen. Trotz
reichliche Antibiotika sterben tausende
Tiere noch vor der Fahrt zum Schlachthof.

Die Sächsische Staatsregierung lässt dieses
Tierleid kalt. Sie setzt sich für neue Tier-
fabriken ein, mit der Begründung die Eigen-
versorgung der Sachsen mit Schweinefleisch
sei zu gering. Gleichzeitig verschweigt sie, dass
sich die EU in den vergangenen Jahren zu 110

Prozent aus eigener Erzeugung mit Schweine-
fleisch versorgen konnte. Durch das unnütze
Überangebot gerät der Fleischpreis weiter
unter Druck. Ausbaden müssen das, wie so oft,
die Bauern in den Schwellen- und Entwick-
lungsländern außerhalb der EU. Dort werden
die europäischen Überschüsse – natürlich
hoch subventioniert – auf den Markt gedrückt,
was die dortige Tierhaltung zerstört.

Doch was bedeutet Massentierhaltung
für uns? Tausende Tonnen Gülle mit Arznei-
mittelrückständen landen Jahr für Jahr auf
Sachsens Feldern. Boden und Grundwas-
ser werden verunreinigt, die Gesundheit
gefährdet.

Diese Sauerei können Sie stoppen!

Achten Sie beim Kauf von Fleisch auf
dessen ökologische Erzeugung und fordern
Sie, dass Schweinefabriken in Sachsen nicht
länger mit Steuergeld subventioniert wer-
den. Wir GRÜNEN werden uns weiter für den
Ausbau einer zukunftsfähigen ökologischen
Tierhaltung und Fleischerzeugung einsetzen.